

Absender: SPD- und CDU-Gemeinderatsfraktion

Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Frank Mentrup  
76124 Karlsruhe

20.11.2025

<b>DOPPELHAUSHALT</b>	<b>2026/2027</b>
<b>ANTRAG</b>	<b>DHH/2025/5022</b>

Thema: Schulsozialarbeit erhalten

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶ 268	▶ 5000				
Ergebnishaushalt: Produktbereich   Produktgruppe   Schlüsselposition					
▶ 3620-500					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2026	2027	2028	2029	2030
<input type="checkbox"/> Stellenschaffung/-reduzierung					
<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Personalaufwendungen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
<input type="checkbox"/> Sperrvermerk					
<input type="checkbox"/> Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
<input type="checkbox"/> Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					
Flächendeckende Schulsozialarbeit darf nicht aufgegeben werden. Der bestehende Standard muss gesichert bleiben. An den beruflichen Schulen ist der aktuelle Status quo zu erhalten.					

## ▶ Weitere Angaben

bei Leistungen an Zuschussempfänger

- ▶ Arbeitsförderung Karlsruhe, afka

## ▶ Sachverhalt | Begründung

Die antragsstellenden Fraktionen beantragen, im Doppelhaushalt 2026/27 die Stellen der Schulsozialarbeit an den beruflichen Schulen vollständig zu sichern und die derzeit befristeten Stellen, bei der afka, über den Sommer 2026 hinaus zu verstetigen. Damit bleibt der bestehende Standard im Bereich der Schulsozialarbeit - insbesondere an der Engelbert-, Bohn-, Heinrich-, Meidinger- und Walter-Eucken-Schule - erhalten.

Die beruflichen Schulen in Karlsruhe stehen mit rund 18.700 Schülerinnen und Schülern vor besonderen sozialen, psychischen und entwicklungsbezogenen Herausforderungen. Schulsozialarbeit ist in diesem Kontext kein freiwilliges Zusatzangebot, sondern ein tragendes Fundament für stabile Bildungsbiografien, die Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen und die Sicherung von Fachkräften in unserer Stadt. Bereits heute liegt der Betreuungsschlüssel bei rund 1.800 Schülerinnen und Schülern pro Vollzeitstelle – ein Wert, der deutlich über dem der allgemeinbildenden Schulen liegt, die im Schnitt etwa 700 Schülerinnen und Schüler pro Fachkraft betreuen. Mit dem Wegfall von drei Stellen würde sich dieser Schlüssel weiter massiv verschlechtern und bis zu 2.200 Jugendliche pro Vollzeitkraft erreichen. Eine kontinuierliche sozialpädagogische Begleitung wäre damit nicht mehr zu gewährleisten.

Die Anwendung des Prinzips „75 % Schulsozialarbeit pro Schule“ auf die beruflichen Schulen stellt keine sachgerechte Vergleichsgrundlage dar, da an beruflichen Schulen nicht die Anzahl der Standorte, sondern die deutlich höheren Schülerzahlen sowie die komplexeren sozialen Problemlagen entscheidend sind. Junge Menschen an beruflichen Schulen stehen häufig am Übergang ins Berufsleben, sind von Krisen, psychischen Belastungen, finanziellen Schwierigkeiten oder migrationspezifischen Fragen betroffen und benötigen daher verlässliche Ansprechpersonen in der Schule. Dies belegen auch die mehr als 3.000 Beratungsanlässe im Schuljahr 2024/25.

Kürzungen in diesem Bereich gefährden nicht nur pädagogische und schulische Ziele, sondern erzeugen langfristig höhere Folgekosten im Jugend- und Sozialbereich und schwächen die Fachkräftesicherung der gesamten Region. Die Stadt Karlsruhe kann es sich nicht leisten, gerade in diesem sensiblen Bereich Personal abzubauen.

Wir beantragen daher, die Schulsozialarbeit an den beruflichen Schulen im Doppelhaushalt 2026/27 vollumfänglich zu sichern, die befristeten Stellen zu entfristen und die Verwaltung zu beauftragen, alternative Einsparpotenziale außerhalb der Schulsozialarbeit zu identifizieren. Die Gleichbehandlung mit den allgemeinbildenden Schulen muss sich am Bedarf der Schülerinnen und Schüler orientieren und darf nicht auf die reine Anzahl der Schulstandorte reduziert werden. Nur so kann die Stadt ihrem Bildungs- und Jugendhilfeauftrag gerecht werden und junge Menschen auf ihrem Weg in ein selbstständiges und gelingendes Leben unterstützen.

---

Unterzeichnet von:

Dr. Anton Huber, Sibel Uysal und SPD-Fraktion

Detlef Hofmann, Dr. Thomas Müller, Katrin Schütz und CDU-Gemeinderatsfraktion